

PRESSEMITTEILUNG

Trotz Coronakrise im eigenen Land: Mehrheit der Deutschen solidarisch mit Menschen in ärmeren Ländern

Bonn/Berlin, 23.03.2021. Die Welthungerhilfe ermutigt die Bundesregierung vor dem Kabinettsbeschluss zum Bundeshaushalt am Mittwoch, die Mittel für Entwicklungszusammenarbeit und Humanitäre Hilfe für die kommenden Jahre weiterhin auf hohem Niveau zu halten. Nur so wird Deutschland seiner globalen Verantwortung sowie den großen Herausforderungen von Corona-Pandemie, Klimakrise und Umsetzung der Ziele für nachhaltige Entwicklung (SDG) gerecht. Auch eine Mehrheit von Bundesbürger*innen befürwortet nach einer aktuellen Umfrage Kontinuität bei der Solidarität mit und Verantwortung für Menschen in armen Ländern.

„Die Corona-Pandemie hat viele Entwicklungserfolge zunichte gemacht. Extreme Armut und Hunger sind wieder auf dem Vormarsch. In vielen Ländern mutiert Corona zum Hungervirus. Die Schulschließungen in vielen Ländern hat gravierende Folgen auf die Bildungslage einer ganzen Generation“, sagt Mathias Mogge, Generalsekretär der Welthungerhilfe. „Corona zeigt der Welt wie unter einem Brennglas auf, dass wir die globalen Herausforderungen nur gemeinsam meistern oder gar nicht. Die Bundesregierung muss daher den bisherigen Aufwärtstrend beibehalten und weiterhin zusätzliche Gelder zur Verfügung stellen“, so Mogge weiter.

Eine Mehrheit der Bürger*innen in Deutschland lehnt eine Kürzung der Mittel für Entwicklungszusammenarbeit ab, wie eine repräsentative Allensbach-Befragung im Auftrag der Welthungerhilfe zeigt. Drei von vier Befragten befürworten ausdrücklich, dass Deutschland Hilfe für ärmere Länder leistet. Auf die Frage, ob und wie Deutschland angesichts der Corona-Pandemie seine Ausgaben für Entwicklungszusammenarbeit verändern sollte, plädieren mehr Bürger*innen dafür, die Budgets auszuweiten (29 %) oder beizubehalten (40 %) als zu kürzen (23 %).

Für globale Solidarität ist auch Neuverschuldung kein Tabu: Rund die Hälfte der Bevölkerung befürwortet ausdrücklich, dass von den schuldenfinanzierten Corona-Hilfsgeldern auch ein Teil an ärmere Länder z.B. in Afrika geflossen ist. Nur 26 % finden das nicht gut. Für die Umfrage hat das Institut für Demoskopie Allensbach zwischen dem 4. und 17. Februar 2021 1.082 repräsentativ ausgewählte Bürger*innen befragt.

Mathias Mogge, Generalsekretär der Welthungerhilfe, steht für Interviews zur Verfügung.

Weitere Informationen sowie Umfrage-Grafiken zur kostenfreien Nutzung finden Sie unter www.welthungerhilfe.de/presse

*Die **Welthungerhilfe** ist eine der größten privaten Hilfsorganisationen in Deutschland; politisch und konfessionell unabhängig. Sie kämpft für „Zero Hunger bis 2030“. Seit der Gründung im Jahr 1962 wurden mehr als 9.830 Auslandsprojekte in 70 Ländern mit 3,95 Milliarden Euro gefördert. Die Welthungerhilfe arbeitet nach dem Grundprinzip der Hilfe zur Selbsthilfe: von der schnellen Katastrophenhilfe über den Wiederaufbau bis zu langfristigen Projekten der Entwicklungszusammenarbeit mit nationalen und internationalen Partnerorganisationen.*

Herausgeber:

Deutsche Welthungerhilfe e.V.

Ansprechpartner:
Simone Pott
Pressesprecherin
Telefon 0228-2288-132
Mobil 0172-2525962
simone.pott@welthungerhilfe.de

Assistenz: Catherine Briones
Telefon 0228-2288-640
presse@welthungerhilfe.de

www.welthungerhilfe.de

